



Landesvereinigung

der Elternvertreter und Fördervereine der Musikschulen in NRW e.V.
Klaus Jochem, Stettiner Str. 53, 41539 Dormagen
Tel. 0 21 33/49 719, E-Mail: Klaus-b.jochem@t-online.de



An den Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers
Stadttor 1

40219 Düsseldorf

OFFENER BRIEF

Dormagen, 15. März 2010

Musikschulen in Not

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers,

die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) hat im Beschluss ihrer Bundesvertreterversammlung vom 21. November 2009 in Mainz u. A. die folgende kommunalpolitische Bildungsanforderung formuliert:

„In den Kommunen werden für Familien und ihre Kinder viele und dezentrale Bildungsangebote in Familienbildungsstätten, Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken vorgehalten, die einen wichtigen Beitrag zur Elternbildung leisten.

Diese Institutionen gilt es zu stützen und zu festigen.“

In Nordrhein-Westfalen kann von Stützen und Festigen dieser Institutionen, insbesondere der Musikschulen, keine Rede sein. Viele Kommunen versuchen auf Grund der angespannten finanziellen Lage ihre Musikschulen so schnell wie möglich abzuwickeln bzw. das Angebot drastisch zu reduzieren:

- Duisburg, 6300 Musikschüler, Teilnehmer am Projekt Jedem Kind, wird ab 2013 als privatrechtliche Anstalt geführt. Die Zuschüsse der Stadt in Höhe von 2,49 Mio. € entfallen ab 2013, was eine Schließung der Musikschule bedeutet. Bis 2013 werden zusätzlich die Nutzungsentgelte drastisch erhöht.
- Wuppertal, 2600 Schüler, Steigerung der Gebühreneinnahmen im Rahmen des HSK von 200.000 € (17%) ab 2015. 560.000 € zusätzliche Gebühreneinnahmen von 2010 – 2014 geplant.

Diese kurze Aufzählung ist nur die Spitze des Eisberges! In Moers, Oberhausen, Essen, Hagen, Dortmund und Köln sind zum Teil erhebliche Gebührenerhöhungen zu erwarten. Die Musikschule Herford wird in ein privatrechtliches Unternehmen umgewandelt.

-2-



Landesvereinigung

der Elternvertreter und Fördervereine der Musikschulen in NRW e.V.
Klaus Jochem, Stettiner Str. 53, 41539 Dormagen
Tel. 0 21 33/49 719, E-Mail: Klaus-b.jochem@t-online.de



Durch neue, zusätzliche finanzielle Belastungen wie

- hohe Steuerausfälle aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise
- Rückzahlung der Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II ab 2012
- Belastungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für die Kommunen in NRW in Höhe von ca. 320 Mio. €/a

werden weitere Kommunen in NRW ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen und drastisch im Bereich der „freiwilligen Leistungen“ sparen müssen. Aus der Erfahrung der letzten 20 Jahre wissen wir:

Musikschule als freiwillige Leistung der Kommunen ist immer erstes Sparziel der Kämmerer, obwohl diesen bewusst ist, dass sie durch Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen in keinster Weise die strukturellen Finanzprobleme ihrer Kommunen dauerhaft lösen können.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Bildung ist einer der zentralen Bausteine zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Durch das sich abzeichnende drastisch sinkende Angebot im Bereich der musikalischen Bildung wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter geschwächt.

Damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein können, fordern wir:

- Keine weiteren Steuersenkungen! Neue Finanzlöcher in den kommunalen Haushalten sind zu verhindern.
- Neuordnung der Gemeindefinanzierung/Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. Die Kommunen übernehmen ständig neue Aufgaben von Bund und Land; deshalb müssen die Kommunen auch mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden.
- Aussetzen des Schuldenbegrenzungsgesetzes für mindestens 10 Jahre, um die Auswirkungen der Finanzkrise überwinden zu können.
- Überführung der Musikschulleistung in den Status der pflichtigen Leistung, wie von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ empfohlen.
- Erhöhung des Landeszuschusses für die Musikschulen von derzeit 1% auf mindestens 10%. Musikalische Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht nur von Kommunen und Eltern finanziert werden. Musikalische Bildung muss auch Menschen aus finanzschwachen Familien ermöglicht werden; Gebühren sind sozialverträglich zu gestalten!



Landesvereinigung

der Elternvertreter und Fördervereine der Musikschulen in NRW e.V.
Klaus Jochem, Stettiner Str. 53, 41539 Dormagen
Tel. 0 21 33/49 719, E-Mail: Klaus-b.jochem@t-online.de



Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Beschluss der Bundesvertreterversammlung der KVP vom 21. November 2009 wird das folgende Ziel formuliert:

„Die KPV setzt sich dafür ein, dass die Kommunen vor Ort gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen!“

Zurzeit ist die Strategie der Landesregierung zur Umsetzung dieses Zieles in keinsten Weise für uns erkennbar. Als Vorsitzender der Landesvereinigung der Elternvertreter und Fördervereine der Musikschulen in NRW vertrete ich die Interessen der Eltern von mehr als 160.000 Musikschülern in NRW.

Ich möchte Sie im Namen dieser Menschen bitten, sich für die Erhaltung der Musikschulen in NRW auf qualitativ hohem Niveau und für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kommunen in unserem Land einzusetzen.

Wir erwarten die Unterstützung der Staatskanzlei! Insbesondere in Duisburg!

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der Landesvereinigung
der Elternvertreter und Fördervereine
der Musikschulen in NRW e.V.